

2 Tabellarische Übersicht der foodwatch-Anfragen

Anfrage	Auskunft	Fristen	Gebühren	Behördenumgang	Urteil
Gammelkäse (wer produzierte aus abgelaufenen u. verunreinigten Käseprodukten vermeintlich frische Ware u. wer verkaufte diese?) angefragt: Landesamt u. Landratsamt in Bayern	Auskunft verweigert	1-Monatsfrist eingehalten	Gebührenbescheide für Verweigerung der Informationsübermittlung, angedroht sogar in Höhe von 300 € – 500 €	Wahrnehmung des Informationsanspruchs zum Vorwurf gemacht	☹️
Gammelfleisch (wo wurde das Fleisch aus dem bay. Gammelfleischskandal von 2006 verkauft?) angefragt: Landesamt in Bayern, Senatsverwaltung Berlin	Auskunft verweigert	1-Monatsfrist eingehalten	./.	Bay. Landesamt fordert zur Antragsrücknahme auf, da sonst Kosten entstünden	☹️
Ergebnisse amtlicher Lebensmittelüberwachung im Fleischbereich (welche Betriebe sind wg. gesundheitsschädlicher/gesundheitgefährdender Beanstandungen aufgefallen?) angefragt: Landesämter u. Landkreise in Bayern, M-V, Niedersachsen, NRW	Auskunft nicht erteilt, z.T. ausdrücklich verweigert	2-Monatsfrist weit überschritten (knapp 4 Monate seit Antragstellung)	Gebührenbescheide angekündigt, z.T. in Höhe bis zu 1000 € u. Vorschuss in Höhe von 1000 € verlangt	Auslegung des VIG zu Lasten von foodwatch; Identität des Informationssuchenden z.T. an betroffene Unternehmen weitergegeben	☹️
Risikomeldungen für Lebensmittel im Schnellwarnsystem (Hersteller-, Produktnamen?) angefragt: Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL)	Keinerlei Reaktion, auch nach über 1 Monat nicht	./.	./.	./.	☹️

Anfrage	Auskunft	Fristen	Gebühren	Behördenumgang	Urteil
Risikomeldung wg. illegalen Einsatzes einer kanzerogenen Substanz in der Fischzucht (um welchen Betrieb handelte es sich?) angefragt: Verbraucherschutzministerium Ba-Wü	Auskunft erteilt	Fristen nicht eingehalten, Auskunftserteilung erst nach 4 Monaten	./.	Auslegung des VIG zu Lasten von foodwatch	☹️
Acrylamid (Messergebnisse für die krebserregende Substanz in Weihnachtsgebäck u. Kartoffelchips samt Produkt- u. Herstellernamen) angefragt: BVL	Messwerte anonymisiert übermittelt, Produkt- u. Herstellernamen nicht mitgeteilt	Weitere Reaktion für frühestens Januar 2009 in Aussicht gestellt (Antrag von September 2008)	Gebührenbescheid angekündigt	Auslegung des VIG zu Lasten von foodwatch, Hinhalten	☹️
Umgang mit u. Verbleib von Schlachtabfällen angefragt: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)	Verweis auf Spezialeitschrift eines privaten Verbandes	1-Monatsfrist eingehalten	./.	Auf konkrete Frage von foodwatch nicht eingegangen	☹️
Uran im Mineralwasser (Messergebnisse samt Handelsmarken) angefragt: Verbraucherschutzministerien aller 16 Bundesländer, BMELV	Auskunft nicht erteilt bzw. z.T. lediglich unter bestimmten Voraussetzungen in Aussicht gestellt Ausnahmen: Brandenburg, HH, M-V (teilweise), NRW, S-H, Thüringen	Auch 2-Monatsfrist überschritten (Antrag von Mitte August 2008)	Gebührenerhebung angekündigt / festgesetzt, z.B. in Höhe von 500 €, 600 € o. 1132 € ----- gebührenfrei	Auslegung des VIG zu Lasten von foodwatch, Hinhalten ----- -----	☹️
Gesamtbilanz: 29 Einzelfragen, davon in sechs Fällen Auskunft erteilt – knapp 80 Prozent der Fragen unbeantwortet					